

Landtag für die Prüfung eines Rheinkraftwerks

Zustimmung Das Postulat der DpL zur Stromversorgungssicherheit wurde vom Landtag einhellig an die Regierung überwiesen. Diese wird nun auch ein Flusskraftwerk prüfen - wie von den Abgeordneten gewünscht, in Verbindung mit den geplanten Rheinaufweitungen.

VON HANNES MATT

Die Zeiten, in denen das Land seinen Stromverbrauch selbst decken konnte, sind schon längst vorüber. Nunmehr produzieren die heimischen Wasserkraftwerke und Fotovoltaikanlagen nur noch ein Viertel des Gesamtbedarfs. Den restlichen Strom bezieht Liechtenstein aus dem Ausland. Ein Problem, wenn man bedenkt, dass Experten immer wieder vor einer sogenannten Dunkelflaute über die Wintermonate warnen. Auch in der Schweiz könnte es in wenigen Jahren zu Engpässen kommen. Mit einem Postulat wollten die DpL-Abgeordneten deshalb die Risiken einer Strommangellage in Liechtenstein beleuchtet wissen - etwa mit welchen Kosten zu rechnen ist, wie einer solchen Lücke begegnet wird und wie die Stromversorgung trotz des tiefen Eigenversorgungsgrads sichergestellt werden kann. Der Vorstoss wurde gestern von allen Fraktionen im Landtag im Grundsatz begrüsst und schlussendlich auch einhellig mit 25 Jastimmen überwiesen.

Atomkraft, nein danke

Dass der Eigenversorgungsgrad in Liechtenstein gesteigert werden muss, da war man sich überaus einig - ebenfalls, dass dies nicht durch Atomkraft geschehen soll, sondern durch erneuerbare Energien. Hierzu brachten die DpL in ihrem Vorstoss neben Solaranlagen oder Windkraftwerken auch die erneute Prüfung ei-

nes Rheinkraftwerks ein. Die Idee für die Energiegewinnung auf dem Rheinabschnitt zwischen Trübbach und Sennwald steht schon seit Jahrzehnten im Raum, ist aber jeweils am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Nun nimmt das Thema auf dem politischen Parkett wieder Fahrt auf. Es wurde auch von der SVP aufgegriffen, die dazu im St. Galler Kantonsrat einen Vorstoss lanciert hat. Wie Herbert Elkuch (DpL) erklärte, waren es die DpL, die mit der SVP Kontakt aufgenommen haben - weil eine gleichzeitige Bearbeitung auf beiden Seiten des Rheins für ein solches Projekt von grosser Wichtigkeit sei.

Das Thema Rheinkraftwerk wurde von den Abgeordneten rege diskutiert. «Wenn ein solches etwa gemeinsam mit den geplanten Rheinaufweitungen integriert wird, begrüsse ich das», sagte beispielsweise Walter Frick (VU). «Ein mögliches Wasserkraftwerk muss aber unbedingt ästhetisch an die Umwelt angepasst sein, auch wenn es nicht so viel Strom produziert. Das wäre dann eine Win-win-Situation.»

Auch Manuela Haldner-Schierscher (Freie Liste) sah dies als zwingend an. «Aber schon heute ist klar, dass der Preis, den wir ökologisch für ein Rheinkraftwerk zahlen müssten, in keinem Vergleich zum Nutzen steht», so die Abgeordnete. Es sei aber legitim, dass geprüft wird, ob ein solches Kraftwerk mögliche Versorgungsprobleme lösen kann. Sie fügte zudem noch an, dass die DpL der Freien Liste früher vorgeworfen habe, die

Rheinaufweitungen durch die Hintertür einzuführen: «Nun machen Sie das scheinbar bei den Rheinkraftwerken.» Johannes Kaiser (FBP) begrüsst eine Prüfung ebenfalls und brachte ein, dass ein solches Kraftwerk auch mit ökologischen Gesichtspunkten geplant werden könnte und in kleinerem Ausmass als früher.

Bitte kein Alarmismus

Regierungschefst. Sabine Monauni erklärte in ihrem Votum, dass es zum Thema Rheinkraftwerk schon viele Studien gab. «Die Projekte sind nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch aus wirtschaftlichen gescheitert.» Man könne das Ganze aber nochmals anschauen. Sie legte hierzu nahe, dass man mit Blick auf diese Grossprojekte die Energiestrategie 2030 nicht aus den Augen verlieren dürfe. Schliesslich gebe es darin nicht weniger als 41 Massnahmen, um den Eigenversorgungsgrad zu steigern.

Gegen die Fragen im Postulat verwehrt sich Monauni nicht: «Sie haben aktuell eine hohe Brisanz.» Auch weil sich das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU verschlimmert habe und ein Stromabkommen in weite Ferne gerückt ist. «Es ist übrigens auch nicht so, dass wir uns hier keine Gedanken gemacht haben. Das Thema Blackouts steht im Risikomanagement ganz oben», so Monauni. Sie mahnte aber auch davor, nicht in Alarmismus zu verfallen. So seien mögliche Strommangellagen Szenarien, die Extremfälle beschreiben würden.



Gleichstellung

Ab Januar dürfen Versicherungen nur Unisex-Tarife berechnen

VADUZ Männer und Frauen zahlen häufig unterschiedlich hohe Beiträge für Kfz-Haftpflichtversicherungen oder Lebensversicherungen. Doch bereits im Jahr 2011 entschied der Europäische Gerichtshof, dass diese Praxis diskriminierend und deshalb nicht zulässig ist. Auch Liechtenstein muss seine Gesetzgebung, konkret das Gleichstellungsgesetz (GLG), anpassen, denn auch dort sind noch Ausnahmen festgeschrieben.

Keine unterschiedlichen Prämien mehr

Versicherungen oder verwandte Dienstleister konnten bis anhin bei der Berechnung von Prämien und Leistungen zwischen Frauen und Männern unterscheiden. Weil Frauen zum Beispiel statistisch gesehen einige Jahre älter werden als Männer, zahlen sie häufig höhere Beiträge für Lebensversicherungen. Umgekehrt bezahlen Frauen meist weniger für die Kfz-Haftpflichtversicherung, weil sie weniger Unfälle verursachen. Mit der gestrigen Behandlung und der Zustimmung des Landtags zur Abänderung des Gleichstellungsgesetzes müssen die Versicherungsunternehmen von der Praxis unterschiedlicher Prämien für Frauen und Männer absehen und künftig Unisex-Tarife verrechnen. Das Gesetz wird am 1. Januar 2022 in Kraft treten. (sb)

«Vollgas, aber CO₂-neutral»

Kurs Nachdem die Energiestrategie vor einem Jahr für verbindlich erklärt wurde, stand der erste dazugehörige Monitoringbericht zur Debatte. Dazu vor allem eines: Rückenwind für die Regierung für ein mutigeres Vorgehen in Richtung Klimaziele.

Obwohl erster Monitoringbericht ein positives Bild zeichnet, trägt der Schein: Die Jahresziele 1 und 2, also steigende Energieeffizienz und einen Anteil von 30 Prozent erneuerbare Energien, erreichte das Land nur knapp, während es das Ziel 3 (Reduktion der Treibhausgas-Emissionen) verfehlte. Hinzu kommt, dass die Coronapandemie die Ergebnisse womöglich zugunsten der Ziele verfälschte. Es könnte laut Monitoringbericht also sein, dass sich der Anfangstrend im nächsten Berichtsjahr nicht fortsetzt - zumindest, wenn die Regierung die Massnahmen demnächst nicht verschärft. Somit gebe es «keinen Anlass, sich zurückzulehnen», so die Regierung im Bericht. Ähnlich sahen es am Donnerstag auch die Landtagsabgeordneten und gaben die Regierung - abseits einiger Detailfragen und Verbesserungen der künftigen Berichterstattung - vor allem eines mit auf den Weg: Das Okay für ein ambitioniertes Vorgehen. Die Regierung müsse Gas bzw. Solar-Strom geben, betonte Manuela Haldner-Schierscher (Freie Liste) und auch Nadine Vogelsang (FBP) forderte: «Vollgas, aber CO₂-neutral.» Dazu gehört auch

ein klarer Wunsch Ende fossiler Heizenergie, wie es beispielsweise Wendelin Lampert (FBP), Walter Frick und Günter Vogt VU fordern. Gas und Öl haben keine Zukunft, da sind sich die Regierung und Abgeordneten einig. Während die noch auf Anreize zum Ausstieg setzen will, argumentierten die Abgeordneten für strengere Massnahmen. «Es braucht mutige Schritte und ein Verbot fossiler Heizungen im Bausetz», so Lampert. Mit dem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen soll jedoch auch die Eigenversorgung des Landes erhöht werden. Etwas, das nicht nur die DpL im Sinne ihres Postulats zur Stromsicherheit befürwortete. «Jedes Haus ein Kraftwerk», betonte Haldner-Schierscher mit Blick auf den Rückgang von energetischen Sanierungen und MinEnergie-Baute trotz bis 2050 angestrebte CO₂-Neutralität. Dazu wie das aussehen könnte, hatte wiederum Wendelin Lampert klare Vorstellung. Er brachte erneut seine Forderungen nach der Umsetzung von Fotovoltaikanlagen

an Gebäudefassaden vor. Die Regierung könne hier beim Postgebäude, dem DLZ-Giessen und dem neuen Landesspital mit gutem Beispiel vorgehen. Gerade Letzteres sei dafür bestens geeignet, da solche auf dem Dach ja nicht möglich seien: «An den Fassaden landen sicher keine Helikopter», so sein Argument. Aktuell ist geplant, dass Landesspital mit Fernwärme aus der Kehrrechtverbrennungsanlage in Buchs versorgt wird, deren Einzugsgebiet auf Vaduz ausgeweitet wird. Wie Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni betont, habe die Anlage, an der Liechtenstein beteiligt ist, noch erhebliches Energie-Potenzial und auch die Ausweitung nach Vaduz sei ohne relevanten Energieverlust möglich. Über die Richtung der Voten zeigen sich Monauni und auch Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter erfreut. «Ich erwarte mir aber auch mutige Entscheidungen des Landtags», betonte Monauni mit Blick auf die daraus resultierenden Massnahmen. (sa)



Von links: Nadine Vogelsang und Franziska Hoop (beide FBP).

In Sachen Nachhaltigkeit EU-Verordnungen werden sehr begrüsst

VADUZ Neutralisierung des CO₂-Ausstosses, mehr Anlegerschutz und Verhinderung des sogenannten «Greenwashing»: Das sind die Ziele mehrerer Gesetzesanpassungen im Rahmen zweier EU-Verordnungen - Finanzmarktteilnehmer werden etwa verpflichtet, zur Nachhaltigkeit umfassende Informationen sowohl im Unternehmen als für angebotene Finanzprodukte offenzulegen. Das Paket wurde gestern im Landtag von allen in 1. Lesung höchst willkommen geheissen und als richtiger Schritt bezeichnet. «Das ist wirklich das Nachhaltigste, was in diesem Landtag auf den Weg gebracht werden kann», freute sich auch Regierungschef Daniel Risch. (hm)

600 Seiten in 70 Minuten Bankengesetz in 1. Lesung behandelt

VADUZ «Um international erfolgreich zu sein, ist es sehr wichtig, die Regulierungen ins Gesetz zu bringen», wie Hubert Büchel (VU) die Vorlage zusammenfasste. Die Anpassungen im Bankengesetz fassen auf dem umfangreichen europäischen Bankenpaket. Dieses wurde gefasst, um das Bankensystem nach der Finanzkrise 2008 zu stabilisieren und stressresistenter zu machen und neue globale Standards zu setzen. Auch im Landtag wurde mehrfach betont, dass die Umsetzung unabdingbar sei. Entsprechend rasch arbeiteten sich die Abgeordneten an der ersten Lesung durch den 600 Seiten starken Wälzer. (hm)